

## **Brexit, das Phänomen Donald Trump und die Diskussion über eine Verschärfung der U.S. Waffengesetze**

*Zusammenfassung der U.S.-Berichterstattung für die Woche vom 20. bis zum 24. Juni 2016*

(mw) Besonders das Thema „Brexit“ und die möglichen Folgen für Europa, aber auch Amerika, dominierte in dieser Woche eindeutig die U.S.-Medienlandschaft. In diesem Zusammenhang wurden auch einige Äußerungen Donald Trumps heiß diskutiert, wobei seine Person auch darüber hinaus große Präsenz in den Medien zeigte. Des Weiteren legte die U.S.-Berichterstattung ihren Fokus auf die Diskussion über eine Verschärfung der Waffengesetze, nachdem es in Orlando zu einer Schießerei mit zahlreichen Toten gekommen war.

Das britische Referendum zum Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union und die damit einhergehenden Auswirkungen haben diverse amerikanische Zeitungen zum Hauptthema ihrer Berichterstattung gemacht. Der *Boston Globe* bezeichnete die Abstimmung sogar als „Russisch Roulette für ganze Republiken“. Des Weiteren warf der *Boston Globe* die Frage auf, ob sich die britische Bevölkerung über die weitreichenden Folgen der Abstimmung überhaupt im Klaren sei. In den Augen der *Washington Post* spiegelt das Ergebnis der Abstimmung die Angst der Briten vor aktuellen globalen Problemen wieder, denen man allerdings gemeinsam und nicht isoliert vom Rest Europas entgegentreten sollte. Die *Washington Post* geht sogar so weit, dass sie die „Pro-Brexit“-Wählerschaft als ältere, der Arbeiterschaft angehörende, aus ländlichen Gegenden stammende Briten, charakterisiert. Auf der anderen Seite stellt sie die „Brexit“-Gegner mehrheitlich als jüngere, die größeren Städte bevölkernden Wähler dar, die das Votum für einen Austritt als unverantwortlich halten. Die *Los Angeles Times* vertritt einen ähnlichen Standpunkt und argumentiert, dass der „Brexit“-Sieg eine Niederlage für Großbritannien, Europa und die globale Wirtschaft sei und dass die Briten im Grunde für eine weitreichende Isolation des Landes gestimmt hätten. Die Zeitung geht sogar so weit, dass sie die „demokratische Identität“ Großbritanniens, aber auch die der Vereinigten Staaten, in Gefahr sieht und dass diese Gefahr nicht etwa von Immigration herrührt, sondern von nationalistischen „Fremdenhassern“, die sich die Angst der Menschen zunutze machen würden. Zu eben diesen Gefahren zählt die *Los Angeles Times* unter anderem auch Donald Trump und dessen Präsidentschaftskampagne, wobei die Zeitschrift eine Parallele zwischen den britischen, überwiegend mittelständischen Anti-EU-Wählern und den Trump-Wählern im ländlichen Nordamerika zieht.

Donald Trump und auch seine Präsidentschaftskampagne stellen nicht nur im Zusammenhang mit dem Brexit ein weiteres, heiß diskutiertes Thema in den amerikanischen Medien dar. Die

*Washington Post* erklärt Trump und dessen mögliche Präsidentschaft eindeutig für eine Gefahr, der sich Amerika und die Welt bei einem Sieg Trumps aussetzt. Die Zeitschrift stellt klar, dass sich insbesondere die Republikaner an einem Scheideweg befinden, an dem sie das Wohl des Landes eindeutig über das Wohl der Partei stellen sollten. Die *Washington Post* geht in ihrer Argumentation noch weiter und erklärt, dass Trump als Präsident ganz und gar undenkbar sei. Die *Los Angeles Times* schlägt einen ähnlichen Kurs ein und kritisiert explizit Donald Trumps Präsidentschaftskampagne. Die Zeitschrift berichtet, dass Trumps Kampagne sich nicht einmal mehr eine Drei-Zimmer-Wohnung in Santa Monica leisten könne, und wenig Professionalität oder gar Kompetenz, aufweise. Des Weiteren kritisiert die *Los Angeles Times* die Kurzsichtigkeit, mit der Donald Trump das wenige Geld der Kampagne ausgibt und stellt klar, dass Hillary Clinton und ihrer Kampagne eindeutig mehr finanzielle Mittel zu Verfügung stehen. Diese Aussage impliziert, dass sich Trump, zumindest wenn es um Liquidität und Professionalität geht, nicht mit Clinton auf einem Level befindet. Auch im *Boston Globe* wurde heiß über Donald Trump und insbesondere über seine Äußerungen Clinton betreffend diskutiert. Die Zeitschrift argumentiert, dass seine angekündigten Reformen durch seine verbalen Attacken gegen Hillary Clinton an Gewicht verlieren würden und auch seine Glaubwürdigkeit extrem unter der Tatsache leide, dass er eben die Frau, die er öffentlich verunglimpft, zu seiner dritten Hochzeit eingeladen hat.

Abgesehen von Donald Trump und dem Referendum der Briten wurde in den amerikanischen Medien auch noch die Diskussion über eine Verschärfung der Waffengesetze beleuchtet. Ausgelöst wurde diese Diskussion durch eine Schießerei in einem Nachtclub in Orlando, bei der fast 50 Menschen getötet wurden. Der *Boston Globe* sprach sich eindeutig für eine Verschärfung der Waffengesetze aus und rechtfertigt diese Einstellung mit der Tatsache, dass immer häufiger öffentliche Orte wie Schulen, Nachtclubs oder gar Kirchen zum Schauplatz von Waffengewalt werden. Verantwortlich für die Ablehnung der Verschärfung macht die Zeitschrift die Republikaner und die Waffenlobby und bezeichnet diese als „Drahtzieher“. Auf der anderen Seite bringt die *Washington Post* Argumente gegen eine Verschärfung der Waffengesetze vor. Die Zeitschrift gibt zu bedenken, dass eine Verschärfung der Gesetze dem zweiten Verfassungszusatz der U.S.A widerspricht und dass diese Diskussion überhaupt nur aus einem natürlichen Impuls heraus erneut angefacht wurde, um die tragischen Geschehnisse in Orlando zu verarbeiten. Auch die *Los Angeles Times* bezieht Stellung zu diesem Thema und argumentiert ebenfalls gegen eine Verschärfung der Waffengesetze. Die *Los Angeles Times* gibt zu bedenken, dass nur bis zu 9% der Waffenbesitzer Mitglieder der NRA sind und dass auch Frauen und Demokraten zu Waffenbesitzern zählen.

Quellen:

[www.latimes.com/](http://www.latimes.com/)

<https://www.bostonglobe.com/>

[www.washingtonpost.com/](http://www.washingtonpost.com/)